

# assemblea

Barcelona, 24. Februar 2021

Elisenda Paluzie  
Vorsitzende  
Katalanische Nationalversammlung  
Marina 315  
08025, Barcelona

Mitglieder des Europäischen Parlaments  
Europäisches Parlament  
60 rue Wiertz / Wiertzstraat 60  
B-1047 - Bruxelles/Brüssel

Sehr geehrte Abgeordnete des Europäischen Parlaments,

mein Name ist Elisenda Paluzie, und ich schreibe Ihnen als Präsidentin der Assemblea, der katalanischen Nationalversammlung. Die Assemblea ist eine Basisorganisation mit über 100000 Mitgliedern und Unterstützern, die in den letzten zehn Jahren Millionen von Menschen mobilisiert hat, um das Recht des katalanischen Volkes auf Selbstbestimmung auf zivile und friedliche Weise zu verteidigen.

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf den Antrag auf Aufhebung der Immunität der drei katalanischen Abgeordneten lenken: Carles Puigdemont, Toni Comín und Clara Ponsatí. Es handelt sich um den ersten Fall dieser Art, mit dem versucht wird, der Verfolgung politischer und sozialer Vertreter einer europäischen nationalen Minderheit durch Spanien den Anschein von Legalität zu geben. In diesem Fall und auch in dem Fall von Oriol Junqueras, einem gewählten Europaabgeordneten, der in Spanien zu 13 Jahren Haft verurteilt wurde, weil er ein demokratisches Referendum organisiert hat, verletzt Spanien das Wahlrecht und das Recht auf politische und öffentliche Beteiligung von mehr als zwei Millionen europäischen Bürgern.

Personen zu verfolgen, die mehr als zwei Millionen Wählerstimmen erhalten haben, mit dem Ziel, sie daran zu hindern, als Mitglieder eines Parlaments tätig zu sein, ist nur möglich, wenn die Rechte der nationalen Minderheit, die sie gewählt hat, zuvor verletzt wurden. Dies ist der Fall, da das Recht auf Selbstbestimmung immer wieder durch Spanien verletzt wurde. Damit wurde auch das Recht der Katalanen auf freie Meinungsäußerung, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie auf politische Partizipation verletzt. In diesem Sinne ist es wichtig, daran zu erinnern, dass die Organisation eines Referendums ohne die Zustimmung der Zentralregierung nach spanischem Recht keine Straftat ist, [wie die Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen gegen willkürliche Inhaftierungen im Juni 2019 festgestellt hat](#).

Meine beiden Vorgänger im Amt des Präsidenten der katalanischen Nationalversammlung sind seit mehr als 1000 Tagen im Gefängnis - eine von ihnen wegen ihrer Rolle als Präsidentin des Parlaments von Katalonien -, zusammen mit sieben ehemaligen Mitgliedern der katalanischen Regierung, die wegen Aufruhr zu Haftstrafen von 9 bis 13 Jahren verurteilt wurden. Anklagen für Verbrechen, die von Gerichten in Deutschland, Schottland oder Belgien nicht als solche eingestuft wurden. Im Fall von Lluís Puig, dem katalanischen Kultusminister im Exil, gegen den die spanische Justiz einen Haftbefehl ausgestellt hat, hat die belgische Justiz kürzlich bestätigt, dass der spanische Oberste Gerichtshof nicht die Befugnis hat, über ehemalige Mitglieder der katalanischen Regierung zu urteilen, [und Bedenken geäußert, dass die Unschuldsvermutung von Lluís Puig in Spanien gefährdet sein könnte](#). Auch die Staatsanwaltschaft am Brüsseler Berufungsgericht hat die Entscheidung kürzlich dem spanischen Staatsanwalt Pablo Llarena in einem Brief mitgeteilt, der die Empfehlung enthält [zu prüfen, ob ein "Risiko der Verletzung von Grundrechten besteht"](#).

# assemblea

Seit Herbst 2017 hat der spanische Staat 3.092 friedliche Aktivisten und Abgeordnete (Stand 27.12.2020) im Zusammenhang mit der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung politisch verfolgt. Spanische Gerichte haben drei aufeinanderfolgende Kandidaten für das Amt des Präsidenten von Katalonien mit Hilfe der Justiz verhindert. Ende September 2020 hat der Oberste Spanische Gerichtshof den Präsidenten von Katalonien, Quim Torra, abgesetzt, weil er auf einem Transparent auf den gleichen Missstand hinwies, den die UN-Arbeitsgruppe gegen willkürliche Inhaftierungen seit anderthalb Jahren anprangert: dass Spanien die politischen Dissidenten illegal inhaftiert hat.

Das katalanische Volk hat immer an das europäische Projekt geglaubt. Aber die Haltung der europäischen Institutionen seit dem Referendum vom Oktober 2017 ist eine ständige Quelle der Enttäuschung für uns, und insgesamt für alle Demokraten. Vor einigen Tagen hat der belgische Premierminister Alexander De Croo in einer Antwort auf die Frage eines flämischen Abgeordneten im Bundesparlament Spanien, Polen und Ungarn auf die gleiche Stufe gestellt, Staaten, von denen er sagte, dass sie "grundlegende europäische Werte wie die Achtung der Rechtsstaatlichkeit respektieren müssen". In diesem Zusammenhang sehen wir mit Erleichterung die Kritik der EU an der politischen Unterdrückung und der fehlenden Gewaltenteilung in Ungarn und Polen. Doch gleichzeitig beobachten wir mit Erstaunen die Duldung gleicher oder noch schlimmerer Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit in Spanien. Diese Tatsachen stellen eine massive Diskriminierung und Verletzung der Rechte einer nationalen Minderheit dar, die in Artikel 2 des Vertrags der Europäischen Union enthalten sind.

Im Jahr 2019 waren zwei Millionen katalanische Wähler mehr als sechs Monate lang ohne jede Vertretung im Europäischen Parlament, weil ein Kandidat illegal inhaftiert war und weil andere gewählte Kandidaten vom spanischen Staat blockiert wurden, um sie daran zu hindern, ihren Sitz einzunehmen. Spanien beabsichtigt nun, die Rechte unserer Vertreter erneut zu verletzen, indem es aus politischen Gründen die Aufhebung der Immunität der drei katalanischen Abgeordneten anstrebt. Allein die Tatsache, dass im für die Bearbeitung des Antrags zuständigen Rechtsausschuss spanische nationalistische Parteien überrepräsentiert sind, sollte Grund genug sein, die Legitimität eines Verfahrens in Frage zu stellen, das von den spanischen Behörden zur Verfolgung politisch Andersdenkender eingesetzt wird.

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie als Demokratin, mit Nein zu stimmen, was den Antrag auf Aufhebung der Immunität der drei katalanischen Abgeordneten betrifft. Ich fordere auch die EU auf, diese undemokratische Haltung zu korrigieren, die nicht im Einklang mit ihren Gründungsprinzipien steht. Die Glaubwürdigkeit und Legitimität der Europäischen Union als ein auf Grundrechten und Prinzipien basierendes Integrationsprojekt steht auf dem Spiel.

Vielen Dank im Voraus für Ihre Aufmerksamkeit.

Mit freundlichen Grüßen,



Elisenda Paluzie  
Vorsitzende  
Katalanische Nationalversammlung